

Sind die Konflikte dieser Welt militärisch lösbar?

Werner Ruf, AG Friedensforschung, Universität Kassel

Meine Damen und Herren, ...

Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Seit 1990 starben etwa 4 Millionen Menschen in Kriegen, davon 90% Zivilisten. Mehr als 18 Millionen Menschen haben weltweit ihre Heimat in der Folge von Konflikten verlassen. In weiten Teilen der Entwicklungsländer verursachen Armut und Krankheit unsägliches Leid und geben Anlass zu dringenden Sorgen über die Sicherheit. Etwa 3 Milliarden Menschen, die Hälfte der Weltbevölkerung, leben von weniger als zwei € pro Tag. 45 Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger und Unterernährung“¹

Dieses Zitat stammt nicht aus einem Friedensgutachten, sondern es ist die Lage-Analyse, die die von der EU im Dezember 2003 beschlossene ESS einleitet. Es bleibt das Geheimnis der EU-Regierungschefs, wie sie – ausgehend von diesem richtig beschriebenen Zustand unseres Planeten - zu der Schlussfolgerung kommen, dass präventive, also völkerrechtswidrige, militärische Interventionen den Frieden in der Welt sichern sollen.² Nun mögen Sie fragen, was diese Europäische Sicherheitsstrategie mit Deutschland zu tun hat. Sehr viel, meine ich. Und das in sehr vielschichtiger Weise.

Bevor ich allerdings auf die Konflikte dieser Welt zurück komme, möchte ich noch einige Gedanken zur Rolle der EU, aber auch Deutschlands, um das es hier ja geht, in der Welt von heute zur Diskussion stellen:

Nach den beiden von Deutschland vom Zaun gebrochenen Weltkriegen schien es 1945 und bis in die Gründungsjahre der Bundesrepublik, als ob die Alliierten des Zweiten Weltkrieges eine Wiederaufrüstung Deutschlands für alle Zeit verhindern wollten. Doch der 1947 mit der Truman-Doktrin beginnende Kalte Krieg ließ im westlichen strategischen Denken allmählich einen deutschen Verteidigungsbeitrag wieder möglich erscheinen. Denen, die in Westdeutschland die Aufrüstung vorantreiben wollten, Adenauer und Strauß war allerdings klar, dass dies, wenn überhaupt, nur im Rahmen von Bündnissen möglich sein würde. Der erste Anlauf, die Bildung einer EVG scheiterte 1953 im französischen Parlament am Misstrauen der Kommunisten und der Gaullisten gegen die Wiederbewaffnung eines deutschen Staates. Doch 1954 wurde die NATO gegründet, und 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied dieses Bündnisses – gegen die scharfen Proteste der Sowjet-Union, die in den berühmten Stalin-Noten die Neutralisierung Deutschlands forderte und als Gegenleistung die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und freie Wahlen im gesamten Deutschland anbot, womit sie sogar die Existenz der DDR zur Disposition stellte. Dieses Angebot führte sogar zu einem heftigen Streit in der westdeutschen CDU, in der sich allerdings die transatlantische Linie Adenauer-Strauß durchsetzte. Doch auch im westlichen Bündnis lebte die Angst vor dem deutschen Militarismus fort: Die westdeutschen Streitkräfte waren die einzigen, die voll dem NATO-Kommando unterstellt wurden, womit nationale Alleingänge ausgeschlossen waren. Diesen Grundsatz brachte der erste NATO-Generalsekretär Lord Dismay auf den Punkt, als er die drei Hauptaufgaben des Bündnisses definierte: *„To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down.“*

¹ European Union Institute of Security Studies: A secure Europe in a better World. European Security Strategy, Paris 2003, S. 5. Übersetzung W.R.

² : *„We need to be able to act before countries around us deteriorate ... Preventive engagement can avoid more serious problems in the future.“* The European Union Institute for Security Studies: A secure Europe in a better world. European Security Strategy, Paris 2003.

Mit der „Wende“ von 1989/90 und der deutschen Einigung des Jahres 1990 veränderte sich das internationale System radikal: Nicht nur verschwand die vermeintliche oder reale Bedrohung durch die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten, auch die große amerikanische Schutzmacht wurde für die Europäer zunehmend entbehrlich. Dies ist der Hintergrund für die militärischen Emanzipationsversuche der Europäer, die sich in den Aufrüstungsbestimmungen des – gescheiterten – „Vertrags über eine Verfassung für Europa“ finden, die sich in der ESS manifestieren und die sich in den mittlerweile unabhängig von der NATO geführten Militäreinsätzen wie jetzt schon zum zweiten Mal im Kongo niederschlagen. Auch hier agiert Deutschland weiterhin im Bündnis – innerhalb einer sich militarisierenden EU. Entscheidend hierbei ist allerdings, dass das Gewicht Deutschlands in der EU ein Anderes ist als in der NATO. Und deutsche Militäreinsätze finden hier zunehmend in einem Rahmen statt, der von der Achse Berlin – Paris vorgegeben wird. Wir sind also wieder wer! Das ist es, was der Außenminister der letzten Bundesregierung, Josef Fischer, meinte, wenn er verlangte, Europa müsse den USA „auf gleicher Augenhöhe“ begegnen. Diese Entwicklung Europas und vor allem der Rolle Deutschlands in Europa macht klar, dass es primär nicht darum geht, die Konflikte in dieser Welt zu lösen, sondern darum, die EU, aber auch Deutschland wieder als Weltmacht zu etablieren – ganz so wie des Altbundeskanzler Kohl in seinem Vorwort zum letzten 1994 erschienenen Verteidigungs-Weißbuch geschrieben hat: „Die Bundeswehr bleibt sichtbarer Ausdruck der Souveränität unseres Landes.“ Dies ist, von Adenauer, Strauß und Kohl bis Fischer „altes Denken“, ein Denken in den klassischen Kategorien von Macht, wobei Macht primär gemessen wird mit der Elle militärischer Fähigkeiten.

Der Grundfehler des herrschenden strategischen Denkens ist: Sicherheit wird noch immer gedacht als die Sicherheit des jeweiligen Akteurs, in unserem Falle EU-Europas. Solche Definition von Sicherheit bleibt egozentrisch, ja geradezu autistisch, da sie stets auf ein Wir bezogen wird, einen Anderen als Bedrohung wahrnimmt und darstellt, vor dem Schutz notwendig ist. Aus dieser Sicht gerät Sicherheit schnell zu einem auf das Militärische verkürzten Konzept. Ausgeblendet bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Anderen. Ganz im Sinne des 3. Präliminarartikels von Kants „Ewigem Frieden“³ ist aber die Sicherheit des Einen nur dann gewährleistet, wenn der Andere sich selbst sicher, heißt: nicht bedroht, fühlt. Ein enger, nur auf das perzipierte Sicherheitsbedürfnis des „Wir“ gerichteter Begriff schafft aber im optimalen Falle nur einen negativen Frieden, also die Abwesenheit von Krieg mittels glaubwürdiger Bedrohung, nicht aber einen positiven Frieden, in dem die (Sicherheits-)Bedürfnisse des Anderen anerkannt und gewährleistet werden

Betrachten wir aber die Welt wie sie nach dem Ende der Bipolarität wirklich ist – und wie sie durchaus zutreffend in der Lage-Analyse der ESS beschrieben wird: Seit dem Ende der Bipolarität verlaufen die Konfliktlinien nicht mehr zwischen zwei territorial verorteten militärischen Blöcken, sondern sie liegen zwischen dem industrialisierten Norden und dem armen Süden, der trotz fünf Jahrzehnten Entwicklungshilfe immer weiter verarmt. Diese Konflikte sind in erster Linie sozialer Natur. Und noch Eines haben die bewaffneten Konflikte seit Ende der Bipolarität gezeigt: Sie sind militärisch nicht lösbar! Ich nenne nur wenige allbekannte Beispiele:

- Die „humanitär“ genannte Intervention in Somalia endete mit einem Desaster, als nach der Schändung der Leichen US-amerikanischer Piloten die groß gefeierte internationale Truppe von 40 000 Soldaten sich aus dem Lande zurückzog und es in einem bis heute andauernden Chaos hinterließ.
- Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien können zwar durch die nun schon rd. acht Jahre dauernde Militärpräsenz – hier vor allem der EU – unterdrückt werden. Ein Abzug des Militärs würde das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs bedeuten. Eine Lösung also konnte und kann Militär nicht bringen.
- Der Krieg in Afghanistan scheint fünf Jahre nach Beginn der von der NATO geführten Intervention erst wieder richtig zu beginnen. Das Schreckgespenst des Westens, die Taliban, tritt offenbar gestärkt wieder zum Kampf gegen die ausländischen Truppen

³ Kant, Immanuel: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Stuttgart 1984.

an, und die Verhältnisse im Innern sind so, dass 80% der Bevölkerung die Rückkehr der zu Taliban-Zeiten gehassten Religionspolizei fordern.

- Der Irak ist das wohl grauenvollste Beispiel, wie mit Hilfe des Militärs nicht nur die Demokratie nicht importiert werden kann, sondern wie ein Land schrittweise in einen der furchterlichsten Bürgerkriege gestürzt wird.
- Israel, die mit Abstand stärkste Militärmacht der ganzen Region, die 1967 noch binnen sechs Tagen drei hochgerüstete arabische Armeen besiegte, hat es nicht vermocht, in 31 Tagen rücksichtslosester Kriegführung den schwachen Libanon und die dort agierenden Guerillas der Hizbullah zu besiegen.
- Wenn die Wahlzettel im Kongo ausgezählt sein werden, wenn festgestellt ist, welcher Kriegsverbrecher eine mehr als problematische Mehrheit errungen hat, werden dort weder Demokratie noch Frieden einkehren – es sei denn die EU (also im Wesentlichen Frankreich und Deutschland) macht das riesige Land zum Protektorat.

Die Aufzählung solcher politischer Desaster könnte fortgesetzt werden. Militär als Instrument staatlicher Machtentfaltung kann zwar gegen andere militärische Instrumente kämpfen, aber es ist untauglich, Konflikte zu lösen, deren Ursachen Armut, Verelendung, Umweltzerstörung, Hunger und Krankheit sind. Und aus dieser kaum zu widerlegenden Feststellung ergibt sich eine Konsequenz, die gerade für Europa, aber insbesondere für Deutschland eine einzigartige Chance bietet. Sicher ist Europa eine Großmacht, und Deutschland zumindest eine große Macht. Diese Macht aber basiert auf wirtschaftlicher, und, so möchte ich hinzufügen, auf sozialer Stärke. Weshalb sollten diese Errungenschaften, die mit der Nachkriegsgeschichte Europas eng verbunden sind, nicht auch zum Leitfadens für eine europäische und deutsche Außen- und Sicherheitspolitik werden? In der Politikwissenschaft haben wir hierfür den Begriff der **soft power**, der „weichen“ Macht. Soft Power ist eine Macht, die ihr Gewicht und ihre Handlungskompetenz als ehrlicher Makler einbringt, dabei auf das Mittel des Krieges zur Durchsetzung eigener Interessen verzichtet und statt dessen mit den zivilen Mitteln der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit, des fairen Handels, vor allem aber auf der Grundlage der Anerkennung und Respektierung der Interessen der Anderen Politik auf der Grundlage des Interessenausgleichs gestaltet. Eine solche Politik erscheint gerade im Zeitalter der Globalisierung, der transnationalen Verflechtungen in Kapitalverkehr, Produktion, Konsum, Kultur, Migration etc. die einzig mögliche, um gewaltförmige Konflikte zu verhindern, die ihrerseits gleichfalls transnationale Dimensionen erreichen, wie dies am Beispiel des viel beschworenen Terrorismus gezeigt werden kann. Denn: Die Machtverteilung in der Welt ebenso wie die militärischen Fähigkeiten sind gekennzeichnet durch eine extreme Asymmetrie: Der gigantischen waffentechnologischen Überlegenheit der USA – und demnächst wohl auch der EU – steht der „Rest“ der Welt⁴ relativ hilflos gegenüber.

Bedenkt man diese Zusammenhänge und die vielfältigen Konfliktursachen in unserer Welt, ist das Argument des prominenten und durch und durch konservativen US-amerikanischen Politologen Stanley Hoffmann nicht von der Hand zu weisen, dass die Umsetzung einer Strategie der zivilen Konfliktlösung in konkrete Politik die einzig angemessene erscheint. Dass Europa ein ungeheures Kapital zu ihrer Verwirklichung besitzt, ist unbestreitbar, wird es doch bisher gerade von außen als zivile, soziale, nicht aggressive Macht wahrgenommen. Daher kann und darf das präventive und zivile Konfliktlösungspotential der EU und vor allem Deutschlands nicht gering veranschlagt werden. Die zu erwartenden sichtbaren Erfolge einer zivilen Außen- und Sicherheitspolitik veranlassen Stanley Hoffmanns zu der Annahme, dass eine solche Politik der EU schließlich auch einen zivilisierenden Einfluss auch auf die US-Außenpolitik haben könnte.⁵ Diese weltweite Wahrnehmung EU-Europas, vor allem aber Deutschlands ist also zu begreifen als eine Chance nicht nur für uns, sondern auch für die Welt, die zu begreifen unsere Politik – trotz besseren Wissens - nicht willens zu sein scheint. Krieg aber, der seitens des industrialisierten Nordens gegen den Süden geführt wird, ist und bleibt asymmetrisch und hat fatale Folgen: Solche Kriege können von den militärisch

⁴ Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations? In: *Foreign Affairs*, Summer 1993, S. 22 – 49.

⁵ In diesem Sinne argumentiert Hoffmann, Stanley: Clash of Globalizations; in: *Foreign Affairs*, Nr. 4 (Juli-August) 2002, S. 104 –115.

haushoch Überlegenen aus größter Entfernung nahezu ohne Gefährdung ihrer eigenen Soldaten geführt werden. Die zahllosen zivilen Opfer solcher Kriegführung werden unter dem scheinbar wertfreien Begriff des Kollateralschadens versachlicht und entmenschlicht. In den Augen ihrer Angehörigen und ihrer nationalen, ethnischen oder religiösen Gemeinschaft bleiben sie aber unschuldig ermordete Zivilisten. Damit wird diese Art von Kriegführung, die die elementaren Prinzipien der Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts verletzt, zum Verbrechen.⁶ Die Gegengewalt der militärisch Ohnmächtigen respektiert ihrerseits keine Grenzen von Recht und Humanität: die Welt kehrt zurück zum Faustrecht.

Daher ist festzustellen, dass – und diese einzigartige Leistung muss betont werden – es gelungen ist, in den vergangenen 60 Jahren Sicherheit **in** und **für** Europa herzustellen, dass aber, folgen Europa und Deutschland den überholten Sicherheitsvorstellungen der Vergangenheit, für die Anderen keine Sicherheit **vor** einem solchen Europa gewährleistet ist. Ganz im Sinne Kants, erscheinen die interventionistischen Ansprüche der Europäischen Sicherheitsstrategie in den Ländern des Südens eindeutig als Bedrohung. Sicherheitspolitik, die als Bedrohungs- und Abschreckungspolitik formuliert wird, macht die Welt unsicherer, auch für die hoch Gerüsteten.

Damit kommen wir zu der paradoxen Debatte um die militärische Notwendigkeit des Bombodroms: Schon der frühere Bundeskanzler Kohl hat in der ihm eigentümlichen Sprache den Satz geprägt „Wir sind von Freunden umzingelt.“ Die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 2003 kommen etwas nüchterner zur selben Feststellung: „Eine Gefährdung deutschen Staatsgebiets ... ist derzeit und auf absehbare Zeit nicht zu erkennen.“ Meine Damen und Herren, diese Feststellung geht an die Wurzeln der Legitimation der Bundeswehr, da diese ja „auf absehbare Zeit“ überflüssig sein wird. Also könnten die Offiziere unserer Streitkräfte allesamt in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden?

Dem steht allerdings eine eigentümliche Faktizität gegenüber: Da wurde mit massivem deutschem Druck eine europäische Verteidigungsagentur gegründet, deren Aufgabe es ist, Rüstungsausgaben zu koordinieren und zu optimieren; da schrieb der Verfassungsentwurf für Europa die Pflicht der Mitgliedsstaaten zu fortdauernder Aufrüstung fest; da lancieren die Kernstaaten der EU ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, dessen ehrgeizige Ziele zwischen 2008 und 2010 erreicht werden sollen,⁷ da fordert die ESS – ich wiederhole mich – ein völkerrechtswidriges Recht auf präventive Kriegführung und Intervention in andere Staaten. Also warten auf die Bundeswehr doch große Aufgaben!

Unternimmt man den Versuch, diese scheinbar widersprüchliche Situation auf den Punkt zu bringen, entdeckt man die heimliche Tagesordnung: Das Bombodrom wird gebraucht, und zwar dringend! Nicht weil die Bundesrepublik ihre Streitkräfte üben lassen muss, damit sie einem bedrohlichen Feind Einhalt gebieten können, sondern weil sie in die Lage versetzt werden sollen, weltweit interventionsfähig zu sein, so wie sich das für eine Großmacht geziemt. Aber sagen kann man dies der deutschen Öffentlichkeit (noch?) nicht, denn 83% der Deutschen lehnen eine Kriegspolitik wie die der derzeitigen US-Administration ab, 62% sind gegen die Schaffung einer europäischen Armee, 66% der Deutschen meinen, die EU solle sich auf ihre wirtschaftliche Stärke konzentrieren, auch wenn sie dann nicht in der Lage sein wird, eigenständig militärisch zu handeln.⁸

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, dass wir nicht darüber nachdenken, wie wir Demokratie mit Waffengewalt exportieren können, sondern wie wir unser eigenes Haus entsprechend dem Willen der Bevölkerung **demokratisch** gestalten. Dazu gehören der Verzicht auf Interventionismus und – folgerichtig - der Verzicht auf Bombardierungen und

⁶ S. die den Staatsterrorismus einschließende Definition der vom UN-Generalsekretär eingesetzten Kommission im UN Report High-Level Panel on Threats, Challenges and Change, A/59/565 O2-12-04 (<http://www.un.org/secureworld/>) vom 2. Dez. 2004, vor allem Ziff. 164.

⁷ Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union, Wien 2004,

⁸ S. die umfangreichen Daten einer Umfrage des German Marshall Fund:

<http://www.transatlantictrends.org/doc/TTKeyFindings2005de.pdf> abgerufen am 18. Sept. 2005. Sowie <http://www.transatlantictrends.org/doc/TTToplineData2005de.pdf> abgerufen am 18. Sept. 2005.

das Üben der Zielgenauigkeit. Das heißt: Unsere Heimat friedlich nutzen, statt am Hindukush und anderswo den Frieden zu er-schießen!